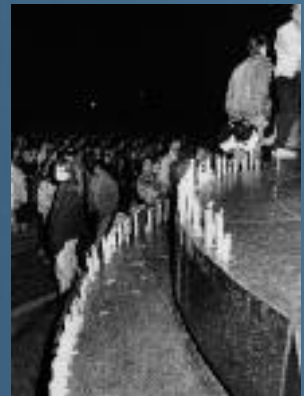




20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

CDU



VORWORT

liebe Mitbürgerinnen
und liebe Mitbürger,

2010 jährt sich die Wiedervereinigung Deutschlands zum 20. Mal. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hatte die „Friedliche Revolution“ in der DDR ihren erfolgreichen Abschluss gefunden.

Vorausgegangen war die erste und einzige erfolgreiche friedliche Revolution in der deutschen Geschichte: Sie begann mit den Montagsdemonstrationen im September 1989 und fand ihr vorläufiges Ende mit den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Nur ein Jahr nach dem Fall der Mauer und der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 wurde Deutschland am 3. Oktober 1990 wieder zu einem gemeinsamen Staat.

Heute, fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, können wir stolz auf das Erreichte sein. Der politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbau von der Diktatur zur Demokratie und von sozialisti-



TRIUMPH DER FREIHEIT

scher Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft ist gelungen. Enorme Umstellungs- und Anpassungsleistungen der Menschen in den Neuen Ländern, aber auch Fleiß, Aufbauwillen, Engagement und Solidarität in ganz Deutschland führten zu großartigen Modernisierungserfolgen. Unsere Leistungen stoßen weltweit auf Anerkennung. Wir können selbstbewusst auf dieses Ergebnis einer beispiellosen patriotischen Leistung der Deutschen in Ost und West zurückblicken.

Bei allem Erreichten gibt es noch immer viel zu tun. Unser Ziel ist es, mit starken Neuen Ländern Deutschland auf Dauer an der Spitze der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen in der Welt zu etablieren. Gemeinsam können wir es schaffen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands



DDR BIS 1989/90

40 Jahre Diktatur, Unfreiheit und sozialistische Planwirtschaft hinterließen hohe Erblasten materieller und immaterieller Art. Trotz hohen persönlichen Einsatzes der Menschen bewirkte das sozialistische System den wirtschaftlichen Niedergang der DDR. Die Menschen wurden damit auch um die Früchte ihrer Leistungen gebracht. Die Menschen in Ost und West wurden kontinuierlich über den tatsächlichen Zustand der DDR belogen. Am 30. Oktober 1989 stellte Gerhard Schürer, der Vorsitzende der staatlichen Plankommission der politischen Führung der DDR – dem Politbüro des ZK der SED – seine interne „Analyse der ökonomischen Lage der DDR“ vor. Fazit: Die DDR stand vor dem wirtschaftlichen Bankrott.

Nicht nur wirtschaftlich stand die DDR vor unlösbaren Problemen. SED und Stasi hatten einen Willkürstaat geschaffen, der die Menschen überwachte, gänzelte und einsperrte. Es gab rund 250 000 politische Häftlinge. Zudem waren bis 1989 rund 1 000 Tote an der innerdeutschen Grenze zu beklagen. Durch Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Splitterminen wurde die gesamte Bevölkerung ihrer Freiheit beraubt.

Das Ende der DDR begann mit den gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989. Noch im gleichen Monat kam es zu ersten Protesten und zahlreichen Verhaftungen. Der 4. September 1989 in Leipzig gilt als der eigentliche Beginn der sogenannten „Montagsdemonstrationen“ und Durchbruch der Friedlichen Revolution.



Unter dem Eindruck der Massenflucht vieler DDR-Bürger forderten mehr als 1 000 Menschen „Reisefreiheit statt Massenflucht“ und „Stasi raus“. Am 9. Oktober demonstrierten 70 000 Menschen mit dem Slogan „Wir sind das Volk“ gegen das SED-Regime. Nach dem 9. Oktober 1989 breiteten sich die Bürgerproteste in der ganzen DDR aus.

Am 9. November 1989 wurde die innerdeutsche Grenze für Privatreisen ins Ausland geöffnet. Noch am selben Abend stürmten Tausende DDR-Bürger die Grenzübergänge in Berlin und zu den westdeutschen Bundesländern. Weniger als drei Wochen später präsentierte Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November sein Zehn-Punkte-Programm für Deutschland.

Die erste und letzte freie Volkskammerwahl in der Geschichte der DDR fand am 18. März 1990 statt: Lothar de Maizière wird erster und einziger frei gewählter Ministerpräsident der DDR. Zum 1. Juli ging die DDR mit der Bundesrepublik die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein. Die D-Mark wird offizielles Zahlungsmittel in der DDR. Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August und des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September ist der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands frei. Am 3. Oktober 1990 wird Deutschland offiziell wiedervereinigt.

WIRTSCHAFT & ARBEIT

Seit 1990 haben die Menschen in den Neuen Ländern Enormes geleistet. Mit dem Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft wurde ein grundlegender Strukturwandel vollzogen. Nie zuvor wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend modernisiert. Die Telekommunikationsnetze gehören heute zu den modernsten der Welt. Die Umwelt ist wieder sauber. Die Städte, Gemeinden und historischen Ortskerne wurden saniert. Städte wie Dresden, Jena, Leipzig und Potsdam rangieren unter den bundesweit besten Standorten. Es haben sich Wissenschafts-, Produktions- und Technologiezentren mit innovativen Produkten entwickelt, die im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Nach anfänglichen Erfolgen geriet die wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern nach 1998 ins Stocken. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wurden durch die rot-grüne Bundesregierung blockiert. Die Zahl der Unternehmensschließungen übertraf die Anzahl der Unternehmensneugründungen. Nach sieben Jahren Rot-Grün war die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen.



Unter der CDU-geführten Bundesregierung wurde die Wirtschaft in den Neuen Ländern seit 2005 unter dem Motto „Sanieren – Investieren – Reformieren“ wieder stärker unterstützt. Dies führte zu einer Reihe positiver Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr. 20 Jahre nach dem Mauerfall hat sich der Abstand zu den westdeutschen Bundesländern bei der Wirtschaftskraft verringert. Die Produktivität der Unternehmen zwischen Ost und West hat sich deutlich angenähert. Bei der Selbständigenquote wurde schon 2007 Gleichstand zwischen Ost und West erreicht. Bei der industriellen Entwicklung hat der Osten den Westen sogar überholt und bei den neuen Technologien wie der Solartechnik liegt der Osten vorne.

Um die Angleichung der Verhältnisse in Ost und West weiter voranzutreiben, wollen wir die Wirksamkeit der Wachstums- und Beschäftigungsförderung in den ostdeutschen Ländern erhöhen. Dazu sollen die ostdeutschen Länder bei Subventionen und staatlichen Hilfen den erforderlichen Spielraum erhalten, um regionale Besonderheiten zu schützen und zu nutzen. Mit dem verabredeten Finanzvolumen wollen wir mehr Freiheit und Verantwortung auf die regionale Ebene verlagern.



HERAUSFORDERUN & CHANCEN

Trotz aller Anstrengungen stehen die Menschen in den Neuen Ländern vor großen Herausforderungen. Noch immer sind zu viele Menschen in Ostdeutschland ohne Arbeit. Globalisierungsdruck, Standortwettbewerb mit den östlichen Nachbarn, Geburtenrückgänge, Überalterung und die Abwanderung leistungsfähiger junger Menschen zehren an den knappen Ressourcen.

Unsere Ziele heißen: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Bei uns soll jedes Kind die gleichen Bildungschancen haben. Auch nach Schule und Ausbildung müssen sich Perspektiven eröffnen: Wer Arbeit sucht, soll auch Arbeit finden können. Um auch die Aufnahme geringfügiger Beschäftigungen attraktiver zu gestalten, wollen wir unter anderem die Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz IV-Bezieher verbessern. Wichtig ist uns: Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und von Familien, von chronisch Kranken und von Behinderten sind zu berücksichtigen, damit auch sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in Vereinen aktiv sein können.

Um die neuen Bundesländer zu stärken und damit Deutschland als eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen in der Welt zu etablieren, sollen die Solidarpaktmittel bis 2019 in vollem Umfang ein-

GEN



gesetzt werden. Die Investitionszulage wird bis 2013 verlängert und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortgeführt.

Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße noch 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden. Sie sind im besten Sinne gesamtdeutsche Projekte und mit ihren in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands liegenden Streckenabschnitten wahre Symbole der Einheit. Neben den mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit geschaffenen West-Ost-Verbindungen wollen wir die neuen Länder in Nord-Süd-Richtung mit unseren Nachbarn verknüpfen. Davon erhoffen wir uns wichtige wirtschafts- und infrastrukturpolitische Impulse.

BILDUNG, FORSCHUNG & KULTUR

Die Neuen Länder spiegeln die Vielfalt der deutschen Geschichte wieder. Dresden, Weimar, Potsdam, Dessau oder Schwerin sind nur fünf Beispiele in Ostdeutschland, an denen sich die Geschichte und Kultur Deutschlands festmachen lassen. Von Barock bis Bauhaus, von Weimarer Klassik zum Klassizismus in Preußen – in den Neuen Ländern kann man Geschichte intensiv erleben.

Unter der SED wurde das kulturelle Erbe Deutschlands vernachlässigt; viele Kirchen und Schlösser und zahlreiche historische Bauwerke standen vor dem Verfall. Heute strahlen diese Baudenkmäler in neuem Glanz. Die Geschichte des Wiederaufbaus der Dresdener Frauenkirche ist ein besonderes Symbol für Zusammenhalt, bürgerliches Engagement und die Leistungsfähigkeit der Menschen.

Die Universität Potsdam wurde 1991 gegründet und ist heute Exzellenz-Universität. Die Universität in Erfurt mit einer Tradition von 1392 bis 1816 entstand 1994 neu. Beide stehen beispielhaft für den Aufbau der Wissensgesellschaft in Ostdeutschland und damit für die Grundlagen einer modernen Gesellschaft. Im weltweiten Wettbewerb sind Arbeitsplätze und hohe Löhne heute nur noch möglich, wenn unsere Unterneh-



men einen Wissensvorsprung haben. Forschung und Entwicklung geben deshalb die entscheidenden Impulse, um die Dynamik in Zukunftsmärkten und Zukunftstechnologien zu festigen und damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu sichern.

Unsere innovationsorientierte Wirtschaft braucht mehr Forschung und Entwicklung. Wir werden dazu die bewährte Innovationsförderung fortführen. Dabei wollen wir neben der Grundlagenforschung zukünftig die anwenderbezogene und auf Wissenstransfer ausgerichtete Forschung ausbauen. Damit sichern wir uns einen Vorsprung im globalen Wettbewerb und schaffen die Grundlage für zukünftige Erfolge. Viele Firmen unterstützen die Forschung in ihren Arbeitsbereichen. Den Rückstand der ostdeutschen Länder bei der privat finanzierten Forschung wollen wir deutlich reduzieren.



SOZIALE GESELLSCHAFT

Wie in ganz Europa geht die Bevölkerungszahl auch in Deutschland zurück. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht überall gleich stark. Wegen der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ostdeutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer.

Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur ein. Ein wichtiger Punkt ist eine engere Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen.

Neben den jungen Familien bedarf vor allem die ältere Generation eines besonderen Schutzes. Dies betrifft die Gestaltung des Lebensumfeldes genauso, wie die Sicherung der Rente. Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in Ostdeutschland bewährt. Die CDU setzt sich für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.



Freiheit kann es nur geben, wenn alle Menschen sie leben können. Wir wollen deshalb eine Freiheit, die soziale Sicherheit bietet. Hierzu gehört gerade in den zum Teil dünn besiedelten Neuen Ländern auch eine flächendeckende umfassende Gesundheits- und Daseinsvorsorge. Sicher zu stellen, dass Spitzenmedizin in Deutschland wirklich für jeden zu haben ist, gehört heute zu den wichtigen Aufgaben der Gesundheitspolitik. Ein flächendeckendes Krankenhausangebot, wohnortnahe Hausarztpraxen und Pflegedienste leisten vor allem dort wichtige Arbeit, wo überwiegend Ältere leben. Das schafft neue Stellen für die jüngere Generation.

Wir unterstützen den Beschluss der Bundesregierung, zunächst in einem Pilotprojekt bis 2011 mit den ostdeutschen Ländern ein Handlungskonzept zur Verringerung von Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Struktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen zu entwickeln. Wir wollen die dabei gewonnenen Erkenntnisse in die gesamtdeutsch angelegte Strategie zum Umgang mit der in verschiedenen Regionen unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung einfließen lassen.

SED-UNRECHT

Bei aller Freude über den Sieg von Demokratie und Freiheit über Diktatur und Unfreiheit vor zwanzig Jahren gilt es heute, die Erinnerung an das geschehene Unrecht in der DDR und an die Opfer der SED-Diktatur wach zu halten. Versuche, das Leben in der DDR zu verklären sowie das Unrecht der SED-Gewaltherrschaft zu verharmlosen, dürfen sich nicht durchsetzen.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen Geschichte, die fester Bestandteil der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland sein müssen. Sie zeigen den Freiheitswillen aller Menschen in der DDR über einen Zeitraum von 40 Jahren. Sie sind Symbole gegen staatliche Unterdrückung, Unfreiheit und Willkür.

Der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist die einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution der deutschen Geschichte. Als sichtbarer Ausdruck der Erinnerung setzt sich die CDU für dezentrale Gedenkstätten an authentischen Orten und die Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin und Leipzig ein. Zugleich setzen wir uns für die Fortführung der Aufarbeitung des DDR-Unrechts ein.



Vor allem die Opfer der SED-Gewaltherrschaft dürfen nicht vergessen werden. Auf Initiative der CDU ist es 2007 gelungen, eine Opferpension von 250 Euro monatlich für mehr als 40 000 SED-Opfer einzuführen. Dies ist ein erster Schritt in unseren Bemühungen, Ungerechtigkeiten des SED-Regimes anzuerkennen und auszugleichen.

Wir werden auch weiterhin das System der Rehabilitation und Entschädigung überprüfen, mit der von der SED und Staatssicherheit begangenes Unrecht ausgeglichen werden soll. Dazu werden wir Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung des SED-Regimes unterstützen. Insbesondere soll die Erschließung der Archive der Parteien und Massenorganisationen, insbesondere der SED, und der staatlichen Verwaltungen der ehemaligen DDR vorangetrieben werden.

GELEBTE EINHEIT

Für viele Menschen aus Ost und West stand nach der Wiedervereinigung zunächst die Neugier auf Landschaften und Städte im Raum, deren Besuch vielen Deutschen durch die widernatürliche Trennung jahrzehntelang verwehrt war. Heute ist der innerdeutsche Tourismus nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern vielerorts auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Über die historischen und kulturellen Ressourcen hinaus tragen Mittel- und Ostdeutschland zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung viel mehr zu unserem gemeinsamen täglichen Leben bei, als so manchem bewusst ist. Viele ostdeutsche Unternehmen sind heute fester Bestandteil deutschen Alltagslebens, sei es in der Lebens- und Genussmittelindustrie, im Haushaltwaren- oder im Elektrobereich. Darüber hinaus sind Mittel- und Ostdeutschland heute Standort zahlreicher hochinnovativer Firmen, die nicht nur national, sondern auch international mit ihren Produkten aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken sind.



Die Deutsche Einheit ist zwanzig Jahre nach der Wende für die meisten Menschen in unserem Land selbstverständlich. Die heute Zwanzigjährigen haben das geteilte Deutschland nie erlebt. Zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung stehen die ersten Jahrgänge im Berufsleben, die im vereinten Deutschland geboren wurden. Für sie ist die Einheit von Ost und West eine Selbstverständlichkeit. Sie betrachten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen aus einer gesamtdeutschen Perspektive und im Vergleich zu den wettbewerbsstarken Regionen in Europa und der Welt.

SCHRITTE ZUR DEUTSCHEN EINHEIT 1989/1990

- 7. MAI** die SED fälscht die Ergebnisse der Kommunalwahlen. Es kommt zu Unruhen und Verhaftungen
- 19. AUGUST** erste Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn nach Österreich
- 4. SEPTEMBER** erste Montagsdemonstration in Leipzig
- 10. SEPTEMBER** CDU-Mitglieder verfassen den „Brief aus Weimar“; aus der Opposition heraus wird das Neue Forum gegründet; Ungarn erlaubt DDR-Bürgern offiziell die Ausreise nach Österreich
- 30. SEPTEMBER** DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft der Bundesrepublik dürfen ausreisen
- 7. OKTOBER** erste Großdemonstration auf dem Gebiet der DDR in Plauen
- 9. OKTOBER** Montagsdemonstration mit 70 000 Teilnehmern in Leipzig; erstmals der Ruf: „Wir sind das Volk“
- 18. OKTOBER** Rücktritt Erich Honeckers
- 4. NOVEMBER** zwischen 500 000 und 1 Million Menschen demonstrieren in Ost-Berlin
- 7. NOVEMBER** Regierung und SED-Politbüro treten zurück
- 9. NOVEMBER** Fall der Berliner Mauer und Öffnung der innerdeutschen Grenze
- 28. NOVEMBER** Helmut Kohl präsentiert Zehn-Punkte-Programm für Deutschland



15. JANUAR

18. MÄRZ

12. APRIL

6. MAI

1. JULI

31. AUGUST

12. SEPTEMBER

3. OKTOBER

Demonstranten stürmen die Stasizentrale im Ostteil Berlins
erste freie Volkskammerwahl

Wahl von Lothar de Maizière (CDU) zum ersten und einzigen
frei gewählten Ministerpräsidenten der DDR

erste freie Kommunalwahlen in der DDR

der Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft;
die D-Mark wird offizielles Zahlungsmittel in der DDR

Unterzeichnung des Einigungsvertrags

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags

Wiedervereinigung Deutschlands



Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de

10/0810 | **Bestell-Nummer: 5599**